

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 58 (1966)

Heft: 2

Artikel: Die jugoslawische Wirtschaftsreform : wer nicht arbeitet, soll auch nicht mehr essen!

Autor: Schläppi, B.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354218>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nehmern Zugeständnisse zu machen, um tiefgreifende Störungen der Wirtschaft für den Zeitpunkt des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs zu vermeiden, der für nächstes Jahr (1966) erwartet wird. Aber der Nationalrat des Arbeitgeberverbandes hat keine volle Handlungsfreiheit. Zum großen Schaden der FO dirigiert *der Staat* die Wirtschaftspolitik des Landes, und er setzt jeden ihm möglichen Druck ein, um seine Politik durchzusetzen. In Tat und Wahrheit zeigt sich, daß die Gewerkschaften ihre Haltung noch mehr ändern müssen und daß sie die Diskussion in einen erneuerten Wirtschafts- und Sozialrat³ tragen müssen. Das stellt sie vor ein dornenvolles Problem: dasjenige des Gleichgewichts zwischen Beteiligung und Aktionsfreiheit, zwischen Forderung und Verantwortung.

Die jugoslawische Wirtschaftsreform:

Wer nicht arbeitet, soll auch nicht mehr essen!

Wer zurzeit durch Jugoslawien reist, den wirtschaftlichen Alltag unter die Lupe nimmt und mit den Serben und Kroaten ins Gespräch kommt, kann sich anfänglich des Eindrucks nicht erwehren: Diese Wirtschaftsreform ist letzten Endes viel zu hart! Und man wundert sich, daß die jugoslawischen Ökonomen den Mut aufbrachten, eine derartige Reform – gespickt mit sozialen Härten – zum Kriterium der zukünftigen Wirtschaftspolitik des Landes zu machen. Die sozialen Nachteile für die werktätige Bevölkerung springen einem sofort ins Auge: Seit der Abwertung des Dinars ist das Preisniveau für jugoslawische Begriffe auf astronomische Höhen hinaufgeklettert! Die Löhne hingegen sind bis auf wenige Ausnahmen auf dem Stand zur Zeit der Abwertung stehen geblieben. Das jugoslawische Volk hat bis zur Stunde einen Kaufkraftverlust von rund 50 Prozent erlitten! Die Folgen sind denn auch nicht ausgeblieben, und sie haben die Wirtschaftskrise eher noch verschlimmert: Am 21. Oktober stellt die in Zagreb erscheinende größte Tageszeitung

³ Der französische Wirtschafts- und Sozialrat (Conseil économique et social) ist durch die Verfassung von 1964 als Frucht des im Landesrat der Widerstandsbewegung (Conseil national de la résistance) erarbeiteten Reformprogramms geschaffen worden. In diesem Wirtschaftsparlament hat *Léon Jouhaux*, der damalige Generalsekretär vorerst der CGT und nachher der CGTFO, eine bedeutende Rolle gespielt. Der Conseil scheint in der 5. Republik weitgehend lahmgelegt worden zu sein. (Redaktion «Rundschau.»)

«Vjesnik» mit Erschrecken fest, daß die Geschäftsumsätze in ganz Jugoslawien um über 30 Prozent zurückgegangen sind: daß ein Großteil der Betriebe in der Konsumgüterindustrie mit bloß halber Kapazität arbeitet, daß die Schaufenster der Magazine und Warenhäuser wohl mit Waren angefüllt seien, aber niemand kaufe! Bekümmert fuhr das Blatt fort: Während Jahren hat die Bevölkerung über ihre Verhältnisse gelebt und drauflos konsumiert, auf Kredit eingekauft; jetzt ist die Wende eingetreten: Die Bevölkerung besinnt sich darauf, daß sie nur noch so viel kaufen kann, wie sie sich aus eigener Kraft erarbeitet.

Kein Wunder, wenn diese letzten Wirtschaftsmaßnahmen im ganzen Lande kein gutes Echo gefunden haben und Verwünschungen gegen die Regierung laut werden, die alles andere als schmeichelhaft sind und z. B. im Staate Ulbrichts mit hundertprozentiger Sicherheit aufs schärfste geahndet würden. Dazu kommt, daß mehrere unrentabel arbeitende Betriebe in Jugoslawien kurzerhand geschlossen worden sind, was die Unruhe unter der Arbeiterschaft gesteigert hat.

Und dennoch: Diese unpopuläre Wirtschaftsreform war ein Gebot der Stunde. Jugoslawien war endlich gezwungen, seine realen wirtschaftspolitischen Möglichkeiten zu erkennen und seinen Wirtschaftsapparat entsprechend anzupassen. Was den Ökonomen ihre Aufgabe erleichterte, ist die Tatsache, daß die kommunistischen Spitzen schon seit Jahren erkannt haben, daß die dogmatische zentralistische Planwirtschaft das wirtschaftliche Aufkommen der Nation nur hemmen würde und trotz aller politischen Bedenken 1953 den Weg zu einer anfänglich gelenkten Marktwirtschaft freilegen, die auf dem Prinzip der autonomen Betriebe und ihrer Selbstverwaltung durch die Betriebsräte beruht.

Jede Wirtschaftsreform und dazu das 1960 neu beschlossene Gesetz der Arbeiterselbstverwaltung haben die Befugnisse der Betriebe systematisch ausgedehnt. Auch die neueste Reform verläßt diesen konsequent eingeschlagenen Weg nicht, greift aber in einer Beziehung drastisch durch: Mit der Lotterwirtschaft in der Subventionspolitik ist es endgültig vorbei! Bisher wurden Defizite, verursacht durch betriebliche Fehlleistungen, durch die übergeordneten Ministerien gedeckt. Ebenfalls konnten die Betriebe für einen Teil der eigenen Neuinvestitionen Bundesmittel in Anspruch nehmen, ohne in der Regel die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit ihrer Investition nachweisen zu müssen. Das ist nicht mehr der Fall. Sämtliche Anlagen müssen nun aus den eigenen Mitteln des Betriebes bestritten werden. Unrentabel arbeitende Betriebe werden nach einiger Zeit geschlossen. Direktoren, die infolge mangelnder kaufmännischer Fähigkeiten in Konkurs geraten, können während der Dauer von fünf Jahren nicht mehr in leitende Stellen gewählt werden. Ähnlich ergeht es schuldig befundenen Betriebsräten, sie sind während dreier Jahre nicht mehr wählbar. Damit sucht die neue

Wirtschaftsordnung die Koordination zwischen den Betriebsleitungen und den Betriebsräten zu verbessern. Ein Teil der schlechten und mangelhaften Wirtschaftsleistungen vor allem in den großen Dienstleistungsbetrieben war in den letzten Jahren auf die mit Reibereien behaftete Zusammenarbeit dieser beiden Betriebsorganisationen zurückzuführen. Hauptsächlich werden diese Maßnahmen die Arbeiterräte und die Belegschaft zu vermehrten und besseren ökonomischen Ueberlegungen zwingen.

Die Ansätze zur Konkurrenz zwischen den Betrieben sind in Jugoslawien schon seit Jahren zu verspüren gewesen wie auch Marktverhältnisse, die – wenn auch in kleinem Maßstab, so doch – den Regeln von Angebot und Nachfrage entsprachen. Nur mangelte es bis heute an den nötigen Voraussetzungen für ein marktgerechtes Denken und Handeln. Die ermahnenden Worte Titos – wer erinnert sich nicht an seine Reden in Split im Sommer 1962 – sind immer und immer wieder auf taube Ohren gestoßen, wenn er seine Schäfchen aufforderte, die eigenen wirtschaftlichen und kaufmännischen Fähigkeiten zu entwickeln, nicht mehr von der Hand in den Mund zu leben und der Wirtschaft des Landes die nötige Sorgfalt angedeihen zu lassen. Selbstverständlich stellt man in einem guten Jahrzehnt nicht alle Wirtschaftsexperten auf den Plan und schult man eine einstige Nation «von Bauern und Partisanen» nicht zu kaufmännischen Direktoren um, trotzdem ist den Führungsgremien nun doch ob des zu lamaschigen Wirtschaftens der Geduldsfaden gerissen. Diese harten Maßnahmen sind die Folge der von der Mehrheit der Werksdirektoren wiederholt praktizierten Versuche, die vorangegangene Wirtschaftsreform zu durchlöchern, sich auf den verschlungensten Pfaden die unmöglichsten Kredite zu verschaffen, um so der Sorge enthoben zu sein, den Betrieb rationell zu führen. Diesen Türen und Toren ist nun endgültig ein Riegel geschoben worden.

Wohl die härteste, einschneidendste Maßnahme aber ist die der Heraufsetzung der Preise – die Normalisierung des jugoslawischen Preissystems. Folgendes Beispiel soll die bisher krassen Zustände veranschaulichen: Eine Wagenladung Kies (6 t) kostete bis anhin 6000 Dinar, ihr Transport über eine Strecke von rund 60 km aber 20 000 Dinar.

Dieser Schritt ist somit begründet, will Jugoslawien den Anschluß auf den Weltmärkten nicht verlieren. In dieser Hinsicht zeigt es bedeutend mehr ökonomische Einsicht als seine sozialistischen Brüder in Osteuropa. Auch hat es nun sein Preissystem den Welt handelspreisen und nicht zuletzt den realen Gestehungskosten im Produktionsprozeß angepaßt. Die Zeit «der politischen Preise» ist damit in Jugoslawien vorüber, und es dürfte ihm später leichter fallen, die Kontakte zu den westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaften zu vertiefen.

Daß diese letzten reformistischen Maßnahmen im jugoslawischen Wirtschaftsgefüge aus der Sorge heraus getragen sind, das Land könne den Anschluß an die internationale wirtschaftliche und technologische Entwicklung verpassen, geht aus einem kürzlich von Boris Krajger, dem Vorsitzenden des Bundesvollzugsrates, an die «Politika» gewährten Interview hervor: «Indem wir unser Preissystem den Welthandelspreisen angepaßt, indem wir die Subventionspolitik, die dem Leistungsprinzip nur abträglich ist, gestoppt haben und die Betriebsdirektoren zu höheren Leistungen zwingen, qualitativ besser und mehr zu produzieren, indem wir sie zur Konkurrenz anhalten, bringen wir unsere gesamte Volkswirtschaft dazu, produktiver, rationeller und besser zu arbeiten. Das wird ebenfalls unsere Arbeiterschaft zu erhöhten und vermehrten Qualitätsleistungen anspornen, ihren momentanen Kaufkraftverlust wieder wettzumachen. Diese Maßnahmen – so unpopulär sie sind und wenn ich für die Besorgnis unserer Bevölkerung alles Verständnis habe – sind unbedingt notwendig, die Wettbewerbsfähigkeit Jugoslawiens aufrechtzuerhalten, seine Technik und Produktivität in der Industrie dem Weltmaßstab anzupassen!»

Diese Worte sind unmißverständlich. Sie können die Situation nicht besser treffen, wie sie zurzeit in diesem Lande vorherrscht. Für den Jugoslawen eine unerbittliche Sprache: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen! Er, der lieber einen türkischen Kaffee trinkt und im Betrieb einen Schwatz mehr zum besten gibt, kann lange die Faust im Sack ballen; er muß endlich einsehen, daß das natürliche wirtschaftliche Aufkommen der FSRJ von seiner eigenen Mehrleistung abhängt! Und es liegt einmal mehr an der jugoslawischen Innenpolitik, diese neuen Wirtschaftskriterien sorgfältig einzuhalten. Anders wären die Folgen nicht abzusehen und das Schlimmste nicht mehr zu verhüten.

B. Schläppi